

Irrwege aus der Krise – zum neoliberalen Umbau der EU

Oliver Röpke

Die tiefe Finanz- und Wirtschaftskrise hat die gewerkschaftliche Kritik an der langjährigen Politik der Deregulierung und Liberalisierung nachhaltig bestätigt. Die beharrenden neoliberalen Kräfte haben allerdings rasch wieder die politische Meinungsführerschaft übernommen und arbeiten derzeit an einer neoliberalen Neuausrichtung der EU, deren Ausmaß vor der Krise so kaum möglich gewesen wäre. Die EU-Kommission und Teile der Mitgliedstaaten etablieren konsequent ein für die gesamte Union verbindliches Wettbewerbsmodell der niedrigsten sozialen Standards. Dazu wurden in den letzten zwei Jahren entscheidende Weichenstellungen vorgenommen. Verschiedene rechtliche und politische Instrumente sollen die Mitgliedstaaten der EU auf eine einseitige Sparpolitik und auf eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit zulasten der ArbeitnehmerInnen verpflichten.

Ein Kernelement dieser Politik ist die zunehmende Fixierung auf Lohnstückkosten als Hauptindikator für Wettbewerbsfähigkeit und der europaweite Druck auf Löhne, Lohnfindungssysteme und soziale Grundrechte. Selbst indirekte und direkte Angriffe auf Kollektivverträge und die Tarifautonomie gehören mittlerweile zum Repertoire dieser Politik und werden nicht auf Krisenländer wie Griechenland beschränkt bleiben. Diesem neoliberalen Wettbewerbsmodell müssen sich der EGB und die europäischen Gewerkschaften konsequent entgegenstellen und für ihr Modell einer Wirtschafts- und Sozialunion werben, die auf einer Investitionsstrategie für Wachstum und Beschäftigung, einer starken Binnennachfrage durch stabile Arbeitsverhältnisse und guten Löhnen sowie hohen sozialen Standards beruht.